

El Salvador: Versuch einer „nationalen“ Versammlung

Der Bürgerkrieg in El Salvador dauert länger (acht Jahre) als der im benachbarten Nicaragua; er kostete bisher weit mehr Menschenleben (nach kirchlichen Angaben bisher 70 000), und ein Ende der Kämpfe ist nicht abzusehen, während in Nicaragua seit Ende März – von vereinzelten Zusammenstößen abgesehen – die Waffen ruhen. Das kleine, dichtbesiedelte El Salvador (auf dem Gebiet von der Größe Hessens leben sechs Millionen Menschen) liegt im Nachrichtenschatten des sandinistisch regierten Nicaragua, obwohl die Großmächte auch in El Salvador in den Konflikt verstrickt sind.

Eine Initiative Erzbischof Rivera y Damas'

Im September trafen in der Hauptstadt San Salvador Vertreter von 59 Organisationen und gesellschaftlichen Gruppierungen des Landes zu einer „nationalen Debatte“ zusammen, einer Initiative von Erzbischof *Arturo Rivera y Damas*, der seit Jahren ebenso unermüdlich wie diskret zwischen den bürgerkriegsführenden Parteien vermittelt. In ihrer abschließenden Stellungnahme forderten die Teilnehmer Regierung, Armee und Rebellen auf, Waffenstillstand zu schließen und das mittelamerikanische Friedensabkommen von Esquipulas vom August 1987 vollständig zu erfüllen. Präsident *Napoleón Duarte* hatte sich darin wie die Präsidenten von Nicaragua und Guatemala verpflichtet, (binnen drei Monaten) einen Waffenstillstand auszuhandeln, eine Amnestie für die Aufständischen zu erlassen, Demokratisierungsmaßnahmen einzuleiten und Wahlen für ein mittelamerikanisches Parlament vorzubereiten.

Die christdemokratische Regierung Duarte entspricht dem Abkommen insofern, als sie eine Amnestie für politi-

sche Gefangene erließ, von der Guerilleros, aber auch Rechtsextremisten betroffen waren –, letzteres dem Vernehmen nach eine Bedingung der salvadorianischen Streitkräfte. Auf Vermittlung der Kirche trafen im Oktober vergangenen Jahres auch Regierung und Rebellen zusammen; nach der Ermordung Ernesto Anayas von der salvadorianischen Menschenrechtskommission brach die Guerilla die Gespräche ab. Direkte Verhandlungen stehen also noch aus; indirekt stehen die Parteien über kirchliche Vermittler in Verbindung.

Die Schlußerklärung der „nationalen Debatte“ spricht sich mit Nachdruck für eine „salvadorianische Lösung“ des militärischen und politischen Konflikts aus. Sie appelliert an die „Supermächte, sich nicht in den Konflikt einzumischen, jede militärische Hilfe einzustellen und ausländische Berater abzuziehen“. El Salvador müsse die nationale Souveränität wiedererlangen, die dem Land durch Einmischung anderer, „insbesondere der USA“, verlorengegangen sei. Erst der Verzicht auf Gewaltanwendung und militärische Lösungen könne den Weg freimachen für echte Friedensverhandlungen, wurde in der „Debatte“ betont. Die Mahnung, die fundamentalen Menschenrechte zu achten und „jegliche Repression zu stoppen“, richtet sich an beide Bürgerkriegsparteien. An die Adresse der Regierung gerichtet, heißt es: „Die militärischen Behörden sollen effektiv der zivilen Regierung unterstellt werden.“

Die in der „nationalen Debatte“ erhobenen Forderungen sind auch für El Salvador nicht neu; die Bischöfe des Landes argumentierten in ihren öffentlichen Stellungnahmen wiederholt ähnlich. Bemerkenswert ist jedoch, daß eine relativ breite gesellschaftliche Basis sich aktiv in den festgefahrenen Friedensprozeß einzuschalten ver-

sucht. Die Kirche in El Salvador sieht darin die ersten Früchte ihres langjährigen Bemühens, bei den Bürgerkriegsparteien wie in der Bevölkerung ein „Unrechtsbewußtsein“ im Blick auf den Krieg und seine Folgen heranzubilden und der die Lateinamerikaner prägenden indianischen Denktradition, die dem einzelnen Menschenleben wenig Wert beimißt, ein christliches Menschenbild entgegenzusetzen. Strategie der Kirche auch in den Vermittlungsgesprächen ist es, die gewalttätigen oder Gewalt befürwortenden Gruppen aus dem Zentrum der politischen und gesellschaftlichen Diskussion und die gemäßigten Kräfte stärker ins öffentliche Bewußtsein zu rücken. („Wir können nicht warten, bis die Armee oder die Guerilla von sich aus den Krieg beendet.“) So rechnet die Kirche es Präsident Duarte „als vielleicht größtes Verdienst“ an, daß er den Rechtsextremismus der Mordbanden und Todesschwadronen wenn nicht ausschalten, so doch zumindest zeitweise unter Kontrolle halten konnte; Morddrohungen und ein spürbarer Verlust an Macht und Ansehen auch in den eigenen Reihen, insbesondere aber in der Armee, waren der Preis.

Wieder verstärkter Druck von rechts

Die politischen Verhältnisse in El Salvador sind aber unter dem schwerkranken Präsidenten und wenige Monate vor den Präsidentschaftswahlen im März 1989 noch instabiler geworden.

In Duartes *christdemokratischer Partei* ist der Kampf um Parteiführung und Präsidentschaftskandidatur entbrannt. Die rivalisierenden Kandidaten *Chavez Mena* und *Rey Prendes* haben getrennte Parteikongresse abgehalten. Die Wahl des Duarte-Gefolgsmannes Chavez Mena, der als einer der integren Politiker des Landes gilt, zum Generalsekretär der Christdemokraten bei einem Parteitag Anfang September wird von dem Parteiflügel um Rey Prendes nicht anerkannt.

Die Spaltung der Partei erfolgte zu ei-

nem Zeitpunkt, als die rechtsgerichtete *Arena-Partei* die Parlamentswahlen gewann und 32 der insgesamt 60 Abgeordnetensitze errang. Ihr Gründer und starker Mann *d'Aubuisson*, wegen seiner Verbindungen zum Rechtsextremismus berüchtigt, läßt den Populisten *Cristiani* für das Präsidentenamt kandidieren. Die „Arena“ hat den Rückhalt der Armee, der reformfeindlichen Oberschicht, aber inzwischen auch der Teile der Bevölkerung, die in Duarte einen allzu schwachen Präsidenten sehen.

Es heißt, die heutige „Arena“ sei nicht mehr mit der rechtsradikalen Partei Ende der siebziger Jahre identisch; mit ihrem Erstarken habe sie auch gemäßigten Kräften Raum gegeben. Es trifft zu, daß sie sich weniger radikal gibt und die Dialogbereitschaft der Regierung nicht mehr als Landesverrat bezeichnet. Fest steht aber auch, daß z. B. die Kirche bei ihren Bemühungen um Gefangenen- und Verwundeten austausch in der letzten Zeit auf eine weniger konzessionsbereite Armee trifft, die unter einem sich möglicherweise abzeichnenden Machtwechsel bereits Selbstbewußtsein demonstriert. Die paramilitärischen Kommandos sind wieder aktiver geworden – ein weiteres Anzei-

chen für einen möglichen Rechtsruck in der politischen Landschaft.

Die von den Amerikanern ausgerüsteten und logistisch unterstützten salvadorianischen Streitkräfte können ihr Ziel, die Guerilla zu zerschlagen, offensichtlich nicht erreichen. In dem zermürbenden Kampf um Positionen hat die Zivilbevölkerung am meisten gelitten (seitdem die Armee ihre stärkste Waffe, den Bombenkrieg, eingesetzt hat). Im letzten Jahr begannen die Militärs, vermutete Guerilla-Stützpunkte gezielter zu bombardieren und die „Bombardements zur Abschreckung“ zu reduzieren. Die katholische Kirche hatte immer wieder an die Streitkräfte und die Regierung appelliert, die Zivilbevölkerung zu schonen und nicht als Mittel zum Zweck ins militärische Kalkül zu ziehen.

Guerilla-Organisation will Machtbeteiligung

Die Guerilla-Organisation *FMLN* hat in den Gesprächen mit Kirchenvertretern zu erkennen gegeben, daß sie nicht mehr um die Machtübernahme in El Salvador kämpfe, sondern für eine „gerechte“ Beteiligung an der politischen Macht – eine Einsicht, die

auch von fehlenden Aussichten auf einen Sieg im Bürgerkrieg genährt wird. Die *FMLN* und ihr politischer Arm, die „Demokratisch-Revolutionäre Front“ (FDR), haben keine eigene Wahlplattform; sie bringen ihre (wahl-)politischen Vorstellungen in der „Convergencia Democrática“, einem oppositionellen Parteienbündnis links von den Christdemokraten, zu Gehör. Die bekanntesten Politiker der „Convergencia“, *Rubén Zamora* von der „Sozialchristlichen Volksbewegung“ (MPSC) und *Guillermo Ungo* („Nationalrevolutionäre Bewegung“ – MNR), bekleiden nach wie vor führende Positionen in der FDR. Sie kehrten erst im vergangenen Jahr aus dem Exil zurück. Die „Convergencia“ gab im August bekannt, sie wolle sich an den Präsidentschaftswahlen im März nächsten Jahres beteiligen.

Die USA, die das verarmte El Salvador mit zwei Millionen Dollar Wirtschaft- und Militärhilfe täglich am Leben halten, werden auch unter dem Nachfolger Reagans ein entscheidender Faktor bleiben. El Salvador soll zeigen, so der Titel einer kürzlich erschienenen amerikanischen Studie, ob „Amerika kleine Kriege gewinnen“ kann, ohne eigene Truppen in den Kampf schicken zu müssen. G. B.

Auf dem mühsamen Weg zur Einheit

Der ÖRK vierzig Jahre nach seiner Gründung

Mit Festgottesdiensten während der Zentralaussschußsitzung in Hannover (vgl. HK, September 1988, 446) und in Amsterdam, dem Ort der ersten Vollversammlung, feierte der Ökumenische Rat der Kirchen im August sein vierzigjähriges Bestehen. In der Botschaft der Amsterdamer Vollversammlung von 1948 an die Weltchristenheit hieß es: „Wir haben den festen Willen, beieinander zu bleiben.“ Dieser Wille hat in der bisherigen Geschichte des Ökumenischen Rates durch viele Spannungen und Krisen hindurch die Oberhand behalten. Derzeit steht der ÖRK mit seinen 307 Mitgliedskirchen vor der Grundfrage, welche Rolle er in der ökumenischen Bewegung spielen kann und soll (vgl. dazu auch das Interview mit Generalsekretär Emilio Castro, HK, August 1988, 366–371).

Das Jubiläumsjahr 1988 markiert einen Einschnitt für die gegenwärtige Arbeit des Ökumenischen Rates der Kir-

chen: Während die letzten Jahre seit der sechsten Vollversammlung in Vancouver (vgl. HK, September 1983, 402–407) und der Wahl des neuen Generalsekretärs vorwiegend der Aufarbeitung der Anstöße und Richtlinien der Vollversammlung von 1983 dienten, stehen die nächsten Jahre im Zeichen mehrerer großer Veranstaltungen. Ende Mai 1989 findet in San Antonio (Texas) eine Weltkonferenz für Mission und Evangelisation statt (unter dem Thema: „Dein Wille geschehe – Mission in der Nachfolge Jesu Christi“); vom 5. bis 13. März 1990 wird in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul die „Weltkonvokation“ über Gerechtigkeit, Friede und Bewahrung der Schöpfung abgehalten und für Anfang 1991 steht in der australischen Hauptstadt Canberra die siebte Vollversammlung des Weltrates an. (Sie wird, wie jetzt in Hannover beschlossen, unter dem Thema: „Komm heiliger Geist – erneuere die ganze Schöpfung“ stehen.)